

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1919**

195 (16.7.1919) Erstes Blatt

Bezugspreis:  
in Karlsruhe frei ins  
Haus geliefert monat-  
lich 1.00 M., viertel-  
jährlich 5.70 M., an-  
der Anschriftlichen ab-  
geholt monatlich 1.30 M.  
Auswärts durch  
die Post frei ins  
Haus gebracht vier-  
teljährlich 5.82 M., Ein-  
zelnummer 10 Wfr.

Berlin, Schriftleitung  
und Geschäftsstelle  
Ritterstraße 1.

# Karlsruher Tagblatt

## Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift  
„Die Pyramide“

## Badische Morgenpost

Anzeigen:  
die Anzeigen-Preise  
sind in der Nummer  
25 Wfr. angegeben. In  
einzelnen Fällen ist  
auf diese Preise  
80% Ermäßigung  
möglich nach Tarif.  
Anzeigen-Annahme  
bis 12 Uhr mittags,  
früherer Anzeigen  
bis 4 Uhr nachmittags.  
Kontingentspreise:  
Geschäftsstelle Nr. 203,  
Karlsruhe, Nr. 207,  
Schriftleitung Nr. 20 u. 894.

Chefredakteur: Guitan Koppert; verantwortlich für Politik: Martin Solinger; für Baden, Soziales und Volkswirtschaft: Heinrich Gerhardt; für Kunst: Carl Seltzer; für Literatur: Paul Kuhn; Druck und Verlag: C. B. Müller'sche Buch- und Verlagsdruckerei in Karlsruhe, — Berliner Redaktion: Dr. Kurt Dietrich, Friedenau, Fregestraße 65/66, Teleph.-Amt Hildner 2902. Für unvollständige Manuskripte oder Druckfäden übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist.

116. Jahrg. Nr. 195.

Mittwoch, den 16. Juli 1919

Erstes Blatt.

### Aktive auswärtige Politik.

Mit dem Vertrag von Versailles hat England die Freiheit der Meere gesichert. Das Meer ist frei von deutschen Schiffen. Unsere Hochseeflotte ruht auf dem Meeresgrunde bei den Dardanellen. Mit unsern herrlichen Ozeandampfern schleppen Engländer und Amerikaner die Waren heran, ihren Schund an Stiefeln und Stoffen, den Kaffee und den Kakao, in dem sie erfinden, die Lebensmittelvorräte, die in den großen Heeresdepots schliefen zu werden drohen, die kondensierte Milch, während sie uns 150 000 Milchfüße wegnehmen. In den größeren Städten Deutschlands erscheinen Militärmissionen, um unsere Abrüstung zu kontrollieren und zu regeln. Die Zwietracht und den Partikularismus zu schüren, werden diplomatische Vertretungen in den einzelnen Bundesstaaten sich anfangen. Man braucht nur den Ton zu vergleichen, den die Entente und vor allem Frankreich der deutschen Republik oder dem Staat Liberia, selbst der Regierung Bela Kun gegenüber anschlägt, um zu sehen, wie es um uns steht.

Die unheimlichen Streiks der letzten Tage stehen mit dieser Situation in engem Zusammenhang. Wer die Arbeiterschaft kennt, weiß, daß sie für diese Demütigungen durchaus nicht gleichgültig ist. Sie hat das richtige Gefühl, von allen Ausgenutzten der kapitalistisch ausgefaulteste Klasse bei diesem Friedensschluß zu sein. Ihr Groll äußert sich nicht in Selbstverworfungen, sondern in Beschuldigungen und Angriffen gegen andere. Die Senkung der Lebensmittelpreise wird daran nicht viel ändern. Die ausländischen Lebensmittel, die nun zu uns hereinkommen werden, werden nicht schmecken, wenn dem Arbeiter auf dem weissen Brot ein täglicher Belag bitterer Demütigungen serviert wird.

Daß die Reichsregierung diesen psychischen Faktoren gegenüber in stumpfer Verblendungslosigkeit und Resignation verharret, daß sie von irgend einem internationalen Zauberfunkel und dem wirklich reichlich abgetunten Weltgewissen irgend ein rettendes Wunder ohne unser Zutun erwartet, darf uns bei ihrer Zusammenkunft kein Wunder nehmen. Um so eher erwacht der öffentlichen Meinung die Pflicht, sie zu den Entschlüssen hinzuführen, die bei ihr auf Grund eigener Überlegungen niemals zustande kommen würden.

Die Entente hat uns mit Schimpf und Schande von den Meeren verjagt. Sie zwingt uns, ihre teuren Rohstoffe und Lebensmittel plus den Frachtkosten zu kaufen, die sie mit den uns weggenommenen Schiffen erzielt. Von Besel bis Vesel harret ein menschlicher Drahtverhau französischer, englischer und amerikanischer Soldaten und speert das Land im Westen ab. Es bleibt uns nur noch der Osten.

Auch hier bemüht sich frampfhaft die Entente, einen tiefen Graben aus allerlei „selbstbestimmenden“ Völkern, voran den Polen, zu ziehen. Immer wieder beschwört die Presse von Paris und London, hauptsächlich die „Times“, ihre Regierungen, in Rußland aktive Politik zu treiben, bevor das Schreckliche geschehen, Deutschland durch irgend einen glücklichen Zufall aus den Gedanken gekommen sei, daß man nach Rußland ebenso gut auszuwandern könne wie nach Argentinien, daß Rußland ebensogut Stiege und Pionieroffiziere brauche wie Japan und neuerdings China, und daß Deutschland, es wolle oder nicht, durch den Zwang der weltlichen Abzerrung dazu getrieben werde, die großen Landmassen im Osten gegen die verlorene Freiheit der Meere einzutauschen.

Zu lästiger Furcht vor dem Bolschewismus und seiner Gefahr für die sozialistische Parteiregierung geschieht nichts. Als ob der russische Bolschewismus nach einer zweijährigen Praxis nicht viel salonfähiger, gesellschaftsfähiger wäre, als unser durch keinerlei Regierungszwang und -not angefränkter Kommunismus; als ob der lächerliche Kleinmut berechtigt wäre, ein Zusammenstoß müsse unbedingt uns die Kleptomania Asiatika bringen. Es könnte aber auch anders kommen: ein Massenauström Deutscher nach Rußland könnte den Bolschewismus dort erst domestizieren und dann allmählich überwinden.

Mit zwei Taktiken müßte allerdings unsere auswärtige Politik rechnen. Einmal wird der Rang von Kandidaten wieder von Großrußland aufgegeben werden; schon die liberalen russischen Politiker der sogenannten russischen Pariser Konferenz rechnen mit dieser Entwicklung und verlangen für Rußland, nicht Zentralrußland oder die Ukraine, sondern ganz einfach für Rußland das Protektorat über den Bosphorus und die Dardanellen. Zu diesen Kandidaten darf man mit richtigem Gewissen in einigen Jahren auch das finanziell, militärisch und moralisch künftlich ausgeblutete Polen rechnen. Zweitens aber dürfte unsere Politik nicht wieder darauf hinarbeiten und der Londoner Pressemache entsprechend auf ein konstitutionelles Rußland im westlichen Sinne wetten. Für Rußland paßt nur Lenin oder ein Czär und es hieße sehr schlecht die Geschichte und die Psychologie unzulieferter Massen kennen, wenn man die Wiederkehr eines Romanows in einigen Jahren ausschließen wollte.

Noch ist es Zeit. Die Entente muß Angst haben, daß ihr brutaler Kapitalismus durch ein Faktieren mit dem Sowjet-Rußland angegriffen und zerlegt werden würde. Bei uns ist nicht mehr viel zu zerlegen. Wir haben keinen Anlaß zu fürchten, daß wir Deutsche, noch russischer würden, wohl aber könnten wir den Russen etwas von unserer Aktivität, unserer (früheren und hoffentlich bald wiederkehrenden) Ausgeglichenheit, unserer geistigen Ruhe und unserem Fleiß abgeben. Ein Teil unserer Industrie, der jetzt systematisch von der Entente zugrunde gerichtet wird, könnte auf russischem Grund und Boden den Tag unserer Befreiung ermarken; das Verkehrsnetz, Rußlands wichtigste politisch-technische Problem, könnte in deutschen Händen wieder gefunden und vor allem, wichtiger als Dreadnoughts,

### Kompromißliches.

H. Von unserem Weimarer Vertreter wird uns gebrochelt:

Dem Schulkompromiß zwischen Zentrum und Sozialdemokratie haben nun auch die sozialdemokratische Fraktion und trotz des bisherigen scharfen Widerpruches des Kultusministers Häufig auch die preussische Regierung zugestimmt. Im einzelnen hat das Zentrum beträchtliche Zugeständnisse gemacht, die aber fast alle auf der demokratischen Linie liegen und die der Förderung weniger bemittelter Volksschichten auf ihrer Schulkarriere und überhaupt der gesamten Volksbildung dienen. Es wird also auch selbst daraus Vorteil ziehen. Dann allerdings hat es die Errichtung rein weltlicher Schulen, wenn der Willen der Eltern einer Gemeinde dahin geht und die Aufhebung des direkten Zwanges auf Lehrer und Schüler zum konfessionellen Religionsunterricht zugestanden.

Das ist ein Fortschritt zur Toleranz, der ausdrücklich begrüßt werden muß. Grundföhllich und wesentlich hat das Zentrum aber doch gestagt, denn die konfessionelle Schule bleibt. Es bleibt Religion als ein voll berechtigtes Unterrichtsgegenstand, und es bleiben die theologischen Fakultäten. Das Zentrum wird auf dieser Basis zweifellos seine Interessen weiter verfolgen können, wenn auch Ausgestaltungen von Intoleranz jetzt gewisse Regeln vorgeschrieben sind.

Gestern konnte denn also die zweite Lesung der Grundrechte der Verfassung fortgesetzt werden. Der Präsident hielt auch heute eine Mahnrede, und zwar in verklärter Töne. Es nützte aber wieder nichts. Ueber die Tragweite der sogenannten Grundrechte und Pflichten der Deutschen, die in der Verfassung festgelegt werden sollten, konnte man sich gar nicht einigen. Sollen sie nur Richtlinien oder auch Schranken für die künftige Gesetzgebung bilden? Am günstigsten äußerte sich zu dieser Frage der demokratische Abgeordnete Dr. Luppe. Da aber alle anderen Parteien diesen Artikel 107 für bedenklich oder doch überflüssig erklärten, wurde er schließlich gestrichen.

Und dann hörte man wieder die schönsten und besonnensten Schlagworte bei der Behandlung des nächsten Paragraphen, der das deutsche Volk auf dem Wege der alleinigen Entscheidung Gleichheit vorwärts bringen soll. Einmal sollen Männer und Frauen gleich sein und dann soll außer Titeln und Ehrenzeichen der Adel abgeschafft werden. Die Fassung des Ausschusses hat beide Forderungen grundföhllich erfüllt. Den sozialdemokratischen Parteien ging sie aber nicht weit genug, und deshalb wurde einige Stunden über dieses Thema hin und her geredet, deshalb müßte die Zeit mit einer namentlichen Abstimmung verwandt werden. Es war schon viel, daß man wenigstens ziemlich allgemein einig, daß auch die gleichberechtigten Frauen nicht zum Heeresdienste einbezogen und also auch nicht Offizier werden könnten. Auch die Sozialdemokraten sollten sich denn doch fragen, ob angesichts der großen Erfolge der Frauenbewegung in letzter Zeit denn nun ein so forciertes Galopp angeschlagen werden muß. Wie vorauszuweisen, wurde wie in der Adelsfrage die Fassung des Ausschusses schließlich angenommen.

Einiges Aufsehen hatte es noch erregt, als der Abgeordnete Marekys von der Deutschen Volkspartei im Gegenatz zu seinem Fraktionsführer Dr. Feinze sich ziemlich scharf gegen die bisherige Adelsmilitarität erging. Mehr durch seine vornehme Persönlichkeit als durch seine Worte verteidigte Graf Pofadowsky den echten Adel, der nicht nur ererbt, sondern auch erworben werden will. Und der süddeutsche Zentrumsmann Dr. Feim schloß die Debatte mit dem gewiß zutreffenden Hinweis, daß das deutsche Volk sich eigentlich soliderer Revolutionsfrüchte als solche „Rassadenänderungen“ erwartet habe.

In der folgenden Besprechung über die Erwerbung der Staatsangehörigkeit und den Schutz der fremdsprachigen Staatsbürger gibt der Unabhängige Cohn die absonderliche Auffassung zum Besten, daß außer Polen und Litauen auch die Juden und Welken nationale Minderheiten seien. Bei dieser Gelegenheit erklärt der Reichsministerpräsident Bauer, daß die Regierung alles tun werde, um den jetzt im Osten abgetrennten Volksgenossen den Wiedererwerb der deutschen Staatsangehörigkeit zu erleichtern.

Der Schluß der Sitzung wurde durch einen Antrag der Unabhängigen bestritten, der Aufhebung der Sonderbestimmungen gegen die Prostitution fordert. Besonders die unabhängige Frau Zieg konnte sich in ausführlicher Begründung gar nicht genug tun trotz der wiederholten Schlußrufe von vielen Vätern. Wenn man noch

erwähnt, daß der Präsident heute sogar öffentlich daran erinnern mußte, die Nationalversammlung sei kein Rauchtheater, so fügt man dem nicht erfreulichen Bild nur einen kleinen charakteristischen Strich hinzu.

### Bevorstehende Programmreden.

(Eigener Drahtbericht.)

5. Weimar, 15. Juli. Die Programmreden des Ministerpräsidenten Bauer und des Ministers des Inneren Müller können nicht vor Dienstaufbruch erwartet werden. Es wird sich dabei um keine arundischlichen Ausführungen handeln, da das Ministerium Bauer ja im allgemeinen feinerzeit das Programm Scheidemann ausdrücklich übernommen hat. Der Ministerpräsident wird aber eben gerade beiraten wollen, warum er von jenen Grundrissen nicht abweicht und er wird außerdem jene Maßnahmen anfordern, die zur Durchführung des Programms die nächsten sind. Die Vorlage über die Betriebsräte wird der Nationalversammlung in den nächsten Tagen ausgeben.

6. Weimar, 15. Juli. (Wolff.) Die große politische Ausdrache ist mit Rücksicht auf den Geschäftsplan der Nationalversammlung auf Dienstaufbruch 22. Juli verschoben worden. Wie wir hören, hat der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes Töpfer den Abschied angenommen. Die Vorlage über die Betriebsräte wird der Nationalversammlung in den nächsten Tagen ausgeben.

### Die Anknüpfung der Völkerverbindungen. Regelung des Verkehrs zwischen dem besetzten und dem nichtbesetzten Gebiet.

(Eigener Drahtbericht.)  
Berlin, 15. Juli. (Wolff.) Nach einmütigen Beschlüssen in familiären Kreisen wird in den nächsten Tagen in Köln a. Rh. eine Putschkommission der Völkerverbindungen und in Braac kommenden Sachverständigen stattfinden, um eine endgültige Regelung des Verkehrs zwischen dem besetzten und nichtbesetzten Gebiet herbeizuführen. An den Besprechungen werden Vertreter aller ausländischen Behörden teilnehmen. Als Kommissar des Vorsitzenden der deutschen Völkerverbindungen ist von Weimar an den Besprechungen der Referent für Vorkanaleinheiten der deutschen Völkerverbindungen Dr. D ein entsandt worden.

### England und Deutschland.

(Eigener Drahtbericht.)  
London, 15. Juli. „Information“ meldet aus London: Die englische Regierung wird nach der Ratifizierung des Friedensvertrages durch das englische Parlament einen Gesandten nach Berlin schicken und die normalen diplomatischen Beziehungen wieder aufnehmen. Militär- oder Marineattachés werden dagegen nicht nach Berlin entsandt. Der Posten des Handelsattachés in Deutschland wird der frühere Handelsattaché im Haag Sir Owenheimer übernehmen.

Amsterdam, 15. Juli. „Nieuwe van den Dag“ meldet aus London, die britische Regierung habe Lizenzen ausgeben, durch die die Wiederaufnahme des Handels mit Deutschland und deutschen Untertanen wieder ermöglicht werde. Verschiedene Artikel dürfen nicht aus Deutschland nach England eingeführt werden.

### Englische Niederlassungen im Memeler Gebiet.

(Eigener Drahtbericht.)  
h. Rotterdam, 15. Juli. Das von Deutschland abgetrennte Memeler Gebiet wird Kreisbafensbezirk. Englische Grobhandelshäuser und Schiffreedereien haben Landabschiet im Kreise Memelerwerden lassen zur Anlage von Handelsbäuer-niederlassungen.

### Amerika und Deutschland.

(Eigener Drahtbericht.)  
h. Rotterdam, 15. Juli. „Nework Herald“ berichtet, daß Amerika mehrere offizielle Handels-sachverständige und Finanzleute nach Deutschland schicken werde. Verschiedene Handelsattachés werden nach Berlin und München gehen, ferner amtlich beauftragte Handelsvertreter nach Dambura, Danzig und Köln. Die Post- und Telegrafendirektoren werden aeben Deutschland fallen lassen.

### Die Ernährung der Kinder Europas.

(Eigener Drahtbericht.)  
h. Amsterdam, 15. Juli. Wie das Pressebüro Radio aus Nework meldet, wurde die Bildung einer Organisation aewes Ernährung der Kinder in Europa gebildet, die das von der amerikanischen Völkerverbindungen beantragte Werk in Europa fortsetzt.

### Deutschlands auswärtige Geschäftsträger.

(Eigener Drahtbericht.)  
h. Weimar, 15. Juli. Wie ich höre, besteht die Absicht, möglichst bald Geschäftsträger bei den Ententestaaten zu ernennen. Die Befehuna der diplomatischen Völkern wird aber nicht leicht sein. Man darf annehmen, daß nur zum Teil auf die aünftigen Diplomaten zurückgegriffen werden wird.

U-Boote, Flugzeuge und Lokomotiven, die Menschen: das Deutschland könnte in den großen Ozeanen von Finsk bis zum fernen Japan sich sammeln, erhalten, ja vielleicht sich kräftigen und verjüngen, statt in aller Welt sich zu zerstreuen und von feindlichen, zäheren Rassen-elementen aufgefressen zu werden.

In Preußens tiefster Schmach nach dem Frieden von Tiffit flüchteten die deutschen Deutschen Stein, Ernst Moritz Arndt und andere nach Rußland und organisierten von dort die Wiedergeburt der Geister. Nicht unser Gold und das Land sind unsere größten Reichtümer, sondern die Menschen. Alles andere wird verloren und wiedergewonnen. Menschen allein bilden den Staat. Ihre körperlichen und moralischen Eigenschaften spiegeln sich in seiner Größe oder seiner Erbarmlichkeit. Treiben wir nicht endlich aktive auswärtige Politik und stellt diese Politik nicht in erster Linie das Problem Ausland in den Vordergrund seiner Entschlüsse, so wird die republikanische Diplomatie mit der Diplomatie des Kaiseriums um den Vorrang der Unfähigkeit und der Priorität der Prüfung vor dem Staatsgerichtshof im Wettstreit treten können.

### Wie die Engländer das Bergarbeiterproblem meistern.

(Von unserem früheren Londoner Korrespondenten.)

Auch England hat seinen Kommunismus. Wer aber die politischen Verhältnisse in diesem Lande kennt, der weiß, daß dank der eigenartigen Psychologie des Engländers im allgemeinen und der Arbeiter im besonderen, sich kommunistische Regungen als etwas Nationales, als eine interne englische Angelegenheit, abspielten. Es wäre aber berechtigt, wenn man diese Eigenart des politisierenden Briten auf die inständere Angelegenheit des im Durchschnitt besonnenen, seine eigenen Wege gehenden Arbeiters zurückführen wollte. Man muß ehrlicherweise zugestehen, daß auch die Staatsmannschaft der leitenden Männer einen großen Anteil hat an der Einbindung von Angelegenheiten der arbeitenden Klasse.

Das geht zur Evidenz aus den jüngsten Verhandlungen zwischen der Regierung und den Arbeitern hervor. Am beschlossenen Februar drohte es zu einem offenen Konflikt der Regierung mit dem sogenannten Dreierbund zu kommen, der sich aus dem Eisenbahnerverband, der Gewerkschaft der Transportarbeiter und dem Bergarbeiterverband zusammensetzt. Damals hatte die Regierung dringlichere Sorgen als die Regelung dieser gewiß wichtigen Angelegenheit. Damals galt es um jeden Preis die Einheit der inneren Front zu wahren, um mit größerem Gewicht nach außen hin aufzutreten und die Früchte des siegreich beendeten Weltkrieges einzubehalten. Lord George hat gegenüber den Forderungen der Arbeiter die in England so beliebte distatorische Taktik des Schiedspruches angewandt, nicht ohne eine neue Note in die sich anbahnenden Verhandlungen mit gerichtlicher Kompetenz hineinzutragen.

Diese aus einem vorföhligen Richter, drei Vertretern der Besenbesitzer, drei Vertretern der Bergarbeiter und einer gleichen Anzahl Vertreter der übrigen Arbeiterschaft zusammengesetzte Kommission, deren Sitzungsberichte der Presse zugänglich gemacht wurden, bekam das Recht zur Labung und ethischen Vernehmung von Zeugen, zur Anforderung von Dokumenten und zur Verurteilung widerföhliger Verjonen.

Der Präsident des Bergarbeiterbundes, das ehrenwerte Unterhausmitglied Robert Smilie, verbot Mitglieder des königlichen Hauses und Finanzmag-naten über die Einkünfte der Besenbesitzer, die Verwendung an Kraft, Geld und Material durch die gegenwärtige individuelle Bewirtschaftung der Kohle, über die skandalösen Wohnungsverhältnisse und über die gefahrbringende Tätigkeit der Grubenarbeiter.

Das Ergebnis dieser Verhandlungen, die der Richter Soutley sehr unglücklich führte, war eine Einigung an die Regierung, den Bergarbeitern einen jährlichen Lohnzuschlag von zwei Schillingen und eine halbe Krone, später eine sechsmonatige Arbeitszeit zu bewilligen.

Da die Bergarbeiter sich das Wohlwollen der über den Gang der Verhandlungen orientierten Öffentlichkeit nicht verschmerzen wollten, zwingen sie sich mit dem Entgegenkommen der Regierung und die Streikgefahr war gebannt.

Mit diesem Ergebnis des Schiedspruches war aber die Tätigkeit der „Royal Commission“ nicht erschöpft. Jetzt handelt es sich — und das ist für die weite Politik der Regierung — hauptsächlich darum, die Grundlagen für eine Art Sozialisierung der Grubenbetriebe zu schaffen. Man kam schließlich überein, die Übernahme der Kohlengerechthe durch den Staat gegen Entschädigung, die Annahme des Grundbesitzes der Staatseigentümer der Besen und die sofortige Aufstellung eines Planes zur Durchführung der Staatseigentümerchaft zu empfehlen. Im einzelnen auf die Struktur der Staatseigenen Vorläufe als Niederholag der Verhandlungen einzugehen, wollen wir uns verjagen; bezwogenen soll nur werden, daß die geschaffenen Institutionen sich auf paritätisch-demokratische Grundlagen aufbauen und in einem Nationalen Verwaltungsrat ihre Spitze erhalten.

Durch die Verfestigung dieser Grundätze, die den Interessen der britischen Grubenarbeiter gerecht zu werden versucht, ist in vorbildlicher Weise eine Lösung gefunden worden, deren theoretische Sanftion noch der parlamentarischen Durchführung bedarf. Ob Lord George diesen ungleich idiomatischeren Teil mit gleichem Erfolge lösen wird, ist um so mehr zu bezweifeln, weil seine früheren Überzeln Strögen sich um Asquith geichart haben und anbereits die Beförderung besteht, daß die unionistische Gruppe des Unterhauses seinen arbeiterfreundlichen Regungen feindlich gegenübersteht.

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 8 Seiten.

Nach der Ratifizierung.

Gewissenhafte Durchführung des Friedensvertrages. (Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 15. Juli. (Wolff.) Von auffälliger Seite wird mitgeteilt: Die Verhandlungen in Versailles sind bis jetzt durch die Alliierten in durchaus loyalistischem Tone geführt worden. Sachlich betreiben die Alliierten auf der gewissenhaften Durchführung des Friedensvertrages, insbesondere auf der Ueberführung deutscher Arbeiter. Sie wollen Gruppen von 500 bis 1000 Mann in Baracken unterbringen. Die französischen Unterhändler sagen, sie kennen die Schwierigkeiten, aber die deutsche Regierung müsse das deutsche Volk unbedeutend zur Arbeit anhalten, nötigenfalls müsse Deutschland der Arbeitsdienstleistungen durch italienische Arbeiter Herr werden. Sie fordern ferner besonders dringend die deutschen Nachhelfer, pharmazeutische Apparate und Aal.

Vom früheren Kaiser. (Eigener Drahtbericht.)

5. Basel, 15. Juli. Die Presseinformation meldet aus London: In der Angelegenheit des ehemaligen deutschen Kaisers hat Königin George ein Schreiben an Lord George adressiert. Ferner haben sich mehrere Lords und ein Verwandter des Königs, der auch mit der deutschen Kaiserfamilie verwandt ist, an anderer Stelle verwendet, um die Alliierten zu beruhigen, auf die Auslieferung des Kaisers zu verzichten zu wollen. Innerhalb der kirchlichen Kreise Englands nimmt die Abneigung gegen ein Gerichtsverfahren sehr stark zu. Außenpolitisch sei es jedoch der Regierung unmöglich, eine offizielle Erklärung abzugeben.

Zum Einzug der Polen in Thorn.

Berlin, 15. Juli. (Wolff.) Wie von ausländischer Seite mitgeteilt wird, entrichtet es nicht den Tatsachen, daß der Einzug der polnischen Truppen in Thorn für den 24. Juli in Aussicht genommen ist. Der frühere Termin ist das Inkrafttreten des Friedensvertrages mit der vollendeten Ratifizierung durch drei alliierte Mächte.

Das Märchen vom deutsch-japanischen Abkommen.

Berlin, 15. Juli. Die Deutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Die erwartete Aukerung der japanischen Regierung über das von der amerikanischen Presse neulich wiederholte Märchen von einem im Jahre 1918 zwischen der japanischen und deutschen Regierung vereinbarten Bündnisvertrage ist inoffiziell erfolgt. Nach einer Kelermeldung hat die japanische Delegation in Paris die ganze Erzählung als widerfälschung bemerkt.

Einer ließ sich sofort am folgenden Tage durch den Korrespondenten der Londoner „Morning Post“ abholen, daß Deutschland u. a. verführerische Angebote den Nananen im Jahre 1917, nämlich freie Hand in den holländischen Kolonien, einschließlich Naba und Sumatra, gemacht hätte. Auch diese Geschichte ist ebenso wie die vorhergehende von einem deutsch-japanischen Bündnis ins Reich der Fabel zu verweisen.

Die Entente und Ungarn.

Paris, 15. Juli. (Reuter.) Die a. und a. Regierungen liehen Bela Kun eine Mitteilung zu geben, daß sie die Verhaftung aller Oligarchen und anderer Wertpapierbesitzer, die sich im Besitze ihrer Staatsanleihen befinden, als schwere Verletzung ansehen und alle Konfiskationsmaßnahmen der kommunistischen Regierung für null und nichtig annehmen würden.

Paris, 15. Juli. (Wolff.) Der „Populaire“ veröffentlicht einen Brief, den Bela Kun an Clemenceau richtete und worin er an das Verbrechen macht, wonach sich die Rumänen hinter die neue Grenze zurückziehen würden, wenn die ungarischen Truppen sich aus dem tschecho-slowakischen Gebiet zurückziehen hätten. Bela Kun erklärte, daß er sein Verbrechen erhalten habe und erwiderte die Konferenzen um Nannuna des Gebiets jenseits der Theis, da sonst die Rote Armee zur Abwehr gegen Rumänien bereitsteht würde.

Brag, 15. Juli. (Wg. Drahtbericht.) Der Ministerpräsident der ungarischen gegenrevolutionären Regierung in Segedin, Graf Karosy, ist zurückgetreten. An seine Stelle wird Deiber Abraham treten.

Ein Norweger zertrümmert die Tricolore.

Kopenhagen, 14. Juli. „Nationaltidende“ berichtet über einen peinlichen Zwischenfall, der sich gestern Abend auf dem Rathausplatz ereignete. Als französische Matrosen von einer Feier im Thol in geschloffenem Zuge unter Vorantragen der Tricolore kamen und das übliche Kriegerehrenden befrügen wollten, entriß, während einige französische Matrosen das Denkmal bestiegen, ein norwegischer Unteroffizier des im Hafen liegenden norwegischen Geschwaders einem französischen Matrosen die Tricolore und zertrümmerte sie. Französische Matrosen schrien sich auf den Norweger und richteten ihn mit Schlägen darauf, daß er ins Krankenhaus gebracht werden müsse. „Nationaltidende“ berichtet das Antreten des Norwegers.

Kritische Lage des italienischen Transportwesens.

Vern, 15. Juli. (Wolff.) Der italienische Transportminister entwickelte in der gestrigen Sitzung der Kammer ein außerordentlich düsteres Bild von der Lage des Transportwesens. Er erwähnte die furchtbare Kohlenknappheit in Italien. Die Kohlen kämen nur noch aus England und Amerika. Die monatlichen Zufuhren reichen ausreicht einmal zur Deckung des Bedarfs der Eisenbahnen. Dabei müsse man berücksichtigen, daß es noch weniger werde. Italien brauche heute 18 Millionen Tonnen Kohlen, während es vor dem Frieden mit 11 Millionen auskommen sei. Angesichts dieser Lage werde die Regierung den Bau von großen elektrischen Überlandsegleisen und die Elektrifizierung der Hauptbahnen auf jede Weise unterstützen. Nicht viel besser sehe es mit dem Bahnmateriale. Der Bau neuer Bahnlängen werde durch Mangel an Rohmaterial und Arbeitskräften sehr erschwert. Die Staatsbahnen hätten im letzten Rechnungsjahre mit einem Defizit von 540 Millionen Lire gearbeitet.

Genau so beängstigend sei die Lage der Handelsflotte. Vor dem Kriege habe Italien gegen 18 Millionen Tonnen Waren eingeführt und über rund 2 Millionen Tonnen Schiffsraum verfügt. Heute, nachdem es mehr als die Hälfte seiner Tonnage verloren habe, habe es gegen 2 Millionen auf Schiffsmieten an das Ausland zu zahlen.

Der „Corriere della Sera“ läßt sich von seinem römischen Mitarbeiter melden, daß die Rede im Parlament die schwere Verunreinigung hervorgerufen habe. Am meisten bedrückt habe die Erwähnung des Defizits bei den Staatsbahnen.

Englands Export gehemmt.

London, 15. Juli. (Wolff.) Im Unterhause gab Lord Geddes eine längere und umfassende Erklärung über die Lage der Kohlenindustrie ab und betonte, daß der englische Kohlenexport sich auf 10 Millionen Tonne während der hohen Koh-

lenpreise, die die englische Industrie bezahllen müsse, die Ausfuhr von Fabrikaten ernstlich zu schädigen drohe.

Eine jadenheime Rechtfertigung Wilsons.

Amsterdam, 15. Juli. Präsident Wilson hat in einer Rede im Senat erklärt, die Tatsache, daß der Völkerverbund der erste selbständige Teil des Friedensvertrages war, der ausgearbeitet wurde und über den man sich einigte, während über alle anderen Teile noch beraten wurde, habe mitgeholfen, um die Festlegung der übrigen Vertragsteile leichter zu gestalten. All die Verdienste Wilsons, die die Regierungen einander gemacht hätten, zu den Zeiten, wo noch Macht und Recht verwechselt wurden und die Macht des Siegers überhandnahm. Ebenso waren Verpflichtungen eingegangen worden, die Gehaltsbereinigungen und Ausbreitungen der Souveränität betrafen und die nur zum Nutzen jener zu sein schienen, die die Macht hatten, darauf zu bestehen, bei denen jedoch die Wünsche über der Vorteil der davon betroffenen Völker unberücksichtigt gelassen worden war. Es sei nicht leicht gewesen, die neuen Ideen auf die alten zu übertragen und er (Wilson) befürchte, daß einige bei diesem Vorwärtsgang entstandene Früchte ein Zeit lang bitter schmecken würden.

Mit sehr wenigen Ausnahmen hätten jedoch die Männer, die mit den amerikanischen Delegierten um den Friedensvertrag saßen, ebenso aufrichtig wie die Amerikaner gehandelt, sich von den schlechten Einflüssen und ungelieblichen Rufen, dem entsetzlichen Spiege, aus denen die dunklen Pläne Deutschlands entspringen, los zu machen.

Präsident Wilson versuchte dann, die Friedensbedingungen im einzelnen zu erklären, und seine Rede war fast ganz dem Völkerverbund und der Forderung Amerikas gewidmet. Er erklärte: Es soll nicht die Rede davon sein, daß Amerika aufhört, eine Weltmacht zu sein, es handelt sich nur darum, ob wir die moralische Führung, die uns angeboten wird, zurücknehmen können, ob wir das Vertrauen der Welt annehmen und erwerben sollen. Der Krieg und die Friedenskonferenzen haben diese Frage schnell beantwortet und nur eine verfehlte Aktion auf unserer Seite kann daran etwas ändern.

Der Präsident erklärte, es sei unmöglich, die Interessen einer solchen großen Zahl von Nationen ohne jährliche kleine Kompromisse einander abzumessen. Man habe die praktischen Möglichkeiten der internationalen Lage ins Auge gefaßt und sie als Tatsache behandeln müssen.

Amerika und die Frage der Kriegsschuld.

5. Rotterdam, 15. Juli. „Daily News“ meldet aus New York: Der Senatsausschuß befragte die beantragte Annahme des Wilson'schen Friedensvertrages am 14. Tage. Es ist ein Antrag eingebracht, der im Gegensatz zu den Bestimmungen des Friedensvertrages die Einsetzung einer Senatskommission verlangt, die die Ermittlung der Schuldfrage im Falle der Erneuerung hat.

Der verfehlte Völkerverbund.

Berlin, 15. Juli. Der Chef der schweizerischen Abordnung in Paris erklärte verschiedene Mordanschläge auf die deutsche Delegation in Paris, die Schweiz auf ihre Mitarbeit verzieht.

Der Nationalrat der Soz. Partei Frankreichs und der Friedensvertrag.

Verfailles, 15. Juli. Landier empfiehlt in der Versammlung, gegenüber dem Friedensvertrag eine Stellung einzunehmen, die zwischen den verschiedenen Ansichten vermitteln könne. Namens der Sozialdemokraten des Oberelsaß verließ ab dann Grumbach eine Entschloßung, in dem Friedensvertrag von Verfailles als in Widerspruch mit dem Wilson'schen Programm lebend bezeichnet. Er vertritt gegen die von dem Internationalen sozialistischen Kongress in Bern im Februar 1919 aufgestellten Bedingungen.

Die Grundzüge des Völkervertrages seien ungenügend, um den Weltfrieden sicher zu stellen. Aus diesen Gründen verlangen die Sozialdemokraten von Oberelsaß, daß die sozialistische Kammerfraktion dem Vertrag ihre Zustimmung verweigere. Grumbach geht ab dann zu einer scharfen Kritik der Art über, wie jetzt durch die Militärverwaltung im Elsass regiert werde. Ein derartiges Regime müsse aufgehoben werden. Die elsaß-lothringischen Sozialisten hätten sich bisher eine gewisse Reserve aufgelegt, von nun an seien sie aber entschlossen, gegen alle derartigen Uebergriffe energig vorzugehen. Dreyfuß schließt sich den Grumbach'schen Erklärungen namens der Sozialisten des Unterelsaß an.

Vedouce (Loulou) kritisiert in längeren Ausführungen den Friedensvertrag und namentlich die wirtschaftlichen und finanziellen Klauseln. Deutschland sei nicht in der Lage, die von ihm geforderte Entschädigungssumme zu bezahlen. Nach seiner Ansicht habe der Protektionismus das Programm Wilsons niedergedrückt. Trotz alledem will sich Vedouce, um eine spätere Revision sicher zu stellen, mit einem scharfen Protest begnügen und sich der Zustimmung enthalten. Sembat vertritt den gleichen Standpunkt.

Nach seiner Ansicht ist der Friedensvertrag gegen Deutschland in die Arme Frankreichs zu treiben. Das schlimmste sei die politische Frage. Da liege auch der Grund für den Krieg vor morgen. Der Völkerverbund garantiere zwar nicht endgültig den Frieden, bilde aber trotzdem einen Fortschritt. Renaudel erklärte, auch er sei für eine Revision des Vertrages. Die Erklärungen Hermann Müllers, daß die Bestimmungen loyal gehalten werden müssen, finden keinen Beifall. Daraus könne die Friedensfrage nur gewonnen. Paul Faure ist gegen Stimmenthaltung. Wenn er gewußt hätte, daß die Wiedereroberung Elsaß-Lothringens 15 Millionen More kosten würde, hätte er eine Aenderung auf gutem Wege vorgezogen. (Grumbach ruft das zwischen, das ist auch die Ansicht aller Elsaß-Lothringer gewizen.) Faure fährt fort, in dem Augenblick, in dem Deutschland, Oesterreich und andere Völker sich den sozialistischen Idealen anwenden, dürften die französischen Sozialisten nicht vor einer klaren Stellungnahme zurücktreten. Mit 1420 gegen 84 Stimmen bei 501 Stimmenthaltung wurde beschlossen, die Ratifizierung des Friedensvertrages abzulehnen. Die Debatte wurde hierauf auf Montag vormittag vertagt.

Unsere gefangenen Landsleute.

Vern, 14. Juli. (Wolff.) Nachdem die letzten Schwierigkeiten, die der Entlassung von etwa 3000 noch in der Schweiz befindlichen deutschen Internierten im Wege standen, beseitigt sind, wird die Freilassung der Internierten in der Schweiz in etwa Monatsfrist beendet sein.

Berlin, 15. Juli. Bekanntlich waren in den letzten Monaten aus außerordentlich unheimlich Nachrichten über die Lage der deutschen Gefangenen bei den Arbeitskompanien in französischen Operationsgebieten eingelaufen. Erst nach langen Bemühungen konnte durchgeföhrt werden, daß Tausende der schweizerischen Gefangenschaft in Paris die Erlaubnis erhielten, diese

Kriegsgefangenen zu besuchen. Die Berichte gehen jetzt ein und zeigen erfreulicherweise, daß die französische Regierung endlich durchgearbeitet und den schlimmsten Missetaten abgetrieben hat. Die Internierten haben sich sehr abgehärtet, die Ernährung ist nicht mehr unzureichend. Ueber die Behandlung wird viel weniger geklagt. Selbstverständlich werden die einziehenden Gefangenen auch weiterhin auf forsaftliche Verpflegung, doch können die Ansehlichen erfreulicherweise mit Recht annehmen, daß die noch einlaufenden Mienen recht wahrheitsgemäß im wesentlichen überholt sind.

Wien, 14. Juli. Wie die Blätter melden, werden die in Ungarn interniert gewordenen deutschen Soldaten des Generalfeldmarschalls von Mackensen in den nächsten Tagen auf dem Wege nach Deutschland durch Wien kommen und sich hier einige Tage aufhalten.

Berlin, 15. Juli. An dem aus Rumänien heimkehrenden Raakettau 23 treffen demnach 123 Offiziere vom Generalkommando 63, die in Leinwäcker interniert waren, ein, darunter die Generale Koch und Schach.

Opfer von Scapa Flow.

Berlin, 15. Juli. (Wolff.) Durch die völkerrechtswidrige Beschießung der mehrfachen Besatzung der deutschen Rettungsboote bei der Verletzung der Kriegsschiffe in Scapa Flow haben nach den bisherigen Ermittlungen außer dem Korvettenkapitän Schumann noch ihr Leben verloren: Torpedomaschinist Wilhelm Markgraf und die Torpedobermaschinenführer Friedrich Bede und Gustav Langtrath. Alle drei gehören zur Besatzung des Torpedobootes „V. 128“. Eine endgültige Feststellung der Zahl und Namen der Getöteten sowie der Verwundeten hat sich infolge Ausbleibens einer englischen Antwort auf eine am 29. Juni deutschseits erlangene Anfrage trotz aller Bemühungen noch nicht bemerkstellen lassen. Der azeretete Teil der Besatzung ist vermisst in den Gefangenenlagern in Osepreth bei Stromsburg und Matfel bei Dull interniert.

5. Rotterdam, 15. Juli. (Gis. Drahtber.) „Daily News“ meldet: Der Abtransport der deutschen Kriegsschiffe nach England beginnt am 18. Juli. In den ersten 14 Tagen werden 52 000 deutsche Gefangene heimgeführt.

Amsterdam, 14. Juli. „The Times“ melden aus Kapstadt, daß 1480 Deutsche aus der südafrikanischen Union nach Deutschland zurückgeführt worden sind. Die Heimführung weiterer Hundert steht bevor. Aus den südwestlichen Gebieten wurden 2350 Deutsche nach Deutschland zurückgeführt, während 2250 Deutsche auf die Heimfahrt warten, die sobald wie möglich erfolgen wird.

Deutsche Nationalversammlung.

W. Weimar, 15. Juli. Eröffnung der Sitzung um 9.50 Uhr. Nach Erledigung einer kurzen Anfrage wird für den aus dem Vizepräsidenten scheidenden Unterstaatssekretär Schulz-Duppre (Soz.) auf Vorschlag des Abgeordneten (Ztr.) durch Herrn Dr. Agnes (Soz.) zum Vizepräsidenten der Nationalversammlung einstimmig gewählt. Agnes nimmt an. Darauf legt das Haus die Weiterberatung des Verfassungsentwurfes mit dem zweiten Hauptteil

Grundrecht und Grundpflichten der Deutschen.

Art. 107, der einleitend bestimmt: „Die Grundrechte und -pflichten bilden die Richtschnur und Schranken für die Gesetzgebung, die Verwaltung und die Rechtspflege im Reich und in den Ländern“, wird als entbehrlich getrieben.

Art. 108 lautet: „Alle Deutschen sind bar dem Gebiete gleich. Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten. Derzeitliche Rechte, Vorrechte und Nachteile der Geburt und des Standes bestehen nicht. Adelsbezeichnungen gelten nur als Teil des Namens und dürfen nicht mehr verliehen werden. Titel dürfen nur als Amts- und Berufsbezeichnung verliehen werden. Adelsmische Grade sind hierdurch nicht getroffen. Orden und Ehrenzeichen dürfen von Staats nicht verliehen werden. Kein Deutscher darf von einer auswärtigen Regierung Titel oder Orden annehmen.“

Hg. Heinze (D. Vp.) und Gen. beantragen die Streichung sämtlicher Bestimmungen über die Adelsbezeichnungen, Titel, Orden und Ehrenzeichen.

Hg. Frau Agnes (U.S.) und Gen. beantragen folgende Fassung: „Der Adel wird abgeschafft. Vorrechte und Nachteile der Geburt oder des Standes bestehen nicht.“

Die Mehrheitssozialdemokraten Bauer und Gen. beantragen gleichfalls Abschaffung des Adels und die Gleichstellung der Männer und Frauen nur in den staatsbürgerlichen Rechten (nicht Pflichten).

Endlich beantragen die Mehrheitssozialisten Frau Jungas und Gen. hinter den Zug über die Gleichstellung von Männern und Frauen den Zusatz: „Die Bestimmungen des öffentlichen und bürgerlichen Rechtes sind entsprechend zu bezeichnen.“

Hg. Frau Feuch (Ztr.): Wir können uns mit einem Schicksal der absoluten Gleichberechtigung nicht einverstanden erklären.

Hg. Dr. Luppe (Dem.): Die sogenannte Adelsbezeichnung ist doch nur ein Teil des Namens. Der Wunsch sollte durch seinen Verzicht klar feststellen, welcher Namen geführt werden soll.

Hg. Dr. Graf v. Pöschmann (D.V.): Ueber die Abschaffung des Adels vermag ich mich nicht aufzuregen. Hat der Antrag ihn abguschaffen, einen politischen Zweck? Die Gleichberechtigung der staatsbürgerlichen Rechte hat sich bitter in der Vergebung der staatsbürgerlichen Rechte gerächt, und diese Vergebung erst machte den Sieg des Imperialismus und Bolschewismus möglich. Deshalb führte dieser große Menschenfeind den Adel sofort wieder ein. Nicht jeder Beamte macht Karriere. Deshalb muß ihm ein Titel oder Orden als Auszeichnung gegeben werden. Die Anträge können nur doch sein. Grundsätzlich der Gleichstellung der Männer und Frauen teilen wir den Standpunkt desentrums.

Hg. Frau Feuch (U.S.): Die Frau leidet die härtesten Pflichten in der Geburt und der Erziehung des Kindes. Sie ist aber nicht der Verdienst ihres Kindes und hat nicht das Recht, es vor Gericht zu vertreten.

Hg. Dr. Heinze (D. Vp.): Dem Adel bleibt seine gesellschaftliche Stellung, ob Sie keine Abschaffung beschließen oder nicht. Die Verleihung von Titeln bleibt ein Equivalemt für die geringe Bezahlung der Beamten.

Hg. Dr. Quast (Soz.) stellt mit Genehmigung eine weitgehende Ueber einstimmung in den Anträgen der beiden sozialdemokratischen Parteien fest. Der neue Staat soll aus der Zusammenarbeit aller Männer und Frauen hervorgehen.

Hg. Dr. Luppe (Dem.): Die sozialdemokratischen Anträge lassen sich in ihren Folgen nicht übersehen. Man bleibe bei der Ausschussfassung.

Hg. Dr. Feim (Ztr.): Das Volk erwartet von der Revolution eine wirtschaftliche Besserstellung. Mit Neuerungen dekorativer Art ist ihm nicht abgeholfen.

Darauf schließt die Beipredung.

Art. 108 wird in der Fassung des Ausschusses angenommen. Abgelehnt werden: Der Antrag Frau Jungas mit 144 gegen 119 Stimmen, der Antrag Frau Jungas mit 144 gegen 128 Stimmen bei drei Enthaltungen, der Antrag Bauer mit 143 gegen 127 Stimmen bei einer Stimmenthaltung, ebenso der Antrag Heinze.

Art. 109 bestimmt, daß die Staatsangehörigkeit im Reich und in den Ländern nach den Bestimmungen des Reichsgesetzes erworben und verloren wird.

Hg. Schumann (D. V.) richtet einen dringenden Appell an die Reichsregierung, alles zu tun, um den Deutschen die jetzt gegebene, die politische Nationalität zu erwerben, in späterer Zeit die Rückkehr in den deutschen Staatsverband in jeder Weise zu erleichtern.

Art. 109 wird unverändert angenommen, ebenso Art. 110 (Freizügigkeit im ganzen Reich).

Präsident des Reichsministeriums Bauer: Auf den Appell des Hg. Schumann kann ich erklären, daß die Regierung, obgleich natürlich noch kein Beschluß der Gesamtregierung erfolgt ist, nach meiner Ueberzeugung die Auffassung hat, daß diesem Bundesgesetz nach Kräftefolge geleistet werden muß. Die Regierung muß sich so bald wie möglich mit dieser Frage beschäftigen und beschließen, welche Maßnahmen zu treffen sind, um die Rückkehr jener, die später die deutsche Staatsangehörigkeit wieder erwerben wollen, zu erleichtern.

Art. 112 bestimmt den Schutz der freien volkstümlichen Entwicklung der fremdsprachigen Volksteile.

Hg. Dr. Feim (U. S.) befürwortet einen Antrag seiner Partei, daß fremdsprachige Volksteile zu jagen: nationale Ueberarbeiten.

Dieser Antrag wird abgelehnt.

Art. 113 handelt von der persönlichen Freiheit, deren Beschränkung nur auf Grund von Gesetzen zulässig sein soll.

Die Unabhängigen Agnes und Gen. beantragen dazu die Aufhebung der Ausnahmebestimmungen gegen die Prostituierten.

Regierungskommissar Dr. Feuch erklärt die Frage als Gegenstand der Spezialgesetzgebung und empfiehlt Ablehnung des Antrages der Unabhängigen.

Darauf verlag sich das Haus. Nächste Sitzung Mittwoch 10 Uhr vormittags, Fortsetzung der Verfassungsvorlage.

Die Beratungen über die Tabaksteuer. (Eigener Drahtbericht.)

5. Weimar, 15. Juli. Am 14. Juli in der Nationalversammlung wurde heute die Verhandlung über die Tabaksteuer fortgesetzt. Die Regierung hatte eine Berechnung vorgelegt, wonach der Antrag Schäfers (Soz.) auf eine Ermäßigung der Raakereisensteuer ein Minus von 36,8 Millionen Mark, der Antrag Raden (Zent.), der die Durchschlagung auf die höheren Preisklassen über 25 Pf. enthält, ein Mehr von 10,5 Millionen Mark ergeben würde. Der Referent Hg. Weichmann wünschte eine möglichst rasche Erledigung der Tabaksteuer, damit die Industrie sich bei ihrem Wiederaufbau darauf einstellen könne. Die Raakereisensteuer würde des Schubes wegen die Raakereisenindustrie. Er empfahl deshalb nicht die Ermäßigung der Raakereisensteuer, sondern den Antrag Raden. Reichsfinanzminister Graberger billigt gegenüber den Anwesenheiten der Berechnung der Regierung über das Einnahmeverhältnis durch den Ab. Weichmann (Deutschnational) um Annahme des Antrages Raden, der die nötigen Gelder bringt und die Raakereisensteuer belasse. Die Raakereisensteuer würde die Belastung tragen. In den letzten Monaten des Krieges seien aus der Raakereisensteuer im Durchschnitt 50 Millionen Mark herausgegeben worden. Wenn die Raakereisensteuer ermäßigt würde, dann müßte auch die Raakereisensteuer herabgemindert werden.

Die deutsche Republik.

Der Wechsel im Reichswirtschaftsministerium.

Bekanntlich ist der Rücktritt des Reichswirtschaftsministers Wisfoll notwendig geworden, weil er in der Durchführung der vom Unterstaatssekretär von Moellendorf einleiteten „Wirtschaftsreform“ keine Unterstützung im Kabinett gefunden hat. Wisfoll's Rücktritt ist aber nicht nur für die Kräfte der Sozialisierung unserer Wirtschaft von Bedeutung, sondern auch für die Kräfte unserer Wirtschaft mit Lebensmitteln und unentbehrlichen Gebrauchsgüter. Und in dieser Beziehung verdient die Entscheidung über die Revision seines Nachfolgers Beachtung. Man wird sich bei unmaßmäßig heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem Wirtschaftsminister Wisfoll und dem Ernährungsminister Schmidt auf dem sozialdemokratischen Parteitag erinnern. Sie drehte sich um die Kräfte der Einfuhr von Lebensmitteln. Wisfoll wollte am Ende unserer Valuta die Einfuhr von Lebensmitteln auf ein möglichst geringes Maß beschränken. Dieter Standpunkt wird neben allen makroökonomischen Wirtschaftspolitikern als absonderlich abgelehnt, weil wir einmal bei dem hereinströmen fremder Waren über die Beschränkung auf den Stand unserer Valuta hinaus keinen Einfluß haben und weil außerdem die Erfahrungen der letzten Wochen gezeigt haben, daß die politische Lage auf die Bewertung der Reichsmark im neutralen Ausland von erheblichem Einfluß ist als die Gestaltung einer reichsweiten Valuta. Im übrigen muß man eine reichere Veranordnung der Weltwirtschaft mit Lebensmitteln nicht nur aus gesundheitspolitischer Hinsicht, sondern auch im Interesse der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung für die wichtigste Aufgabe der Regierung halten. Diesen Standpunkt vertrat der Ernährungsminister Schmidt in seiner scharfen Rede im Reichstag. Er erklärte, wir hätten nicht zu viel, sondern noch viel zu wenig Lebensmittel eingeführt. Wenn nun jetzt die Leitung unseres Wirtschaftsministeriums an Robert Schmidt übergeht, so ist damit zu rechnen, daß die bisherigen Bemühungen in der Einfuhr ausreichender Mengen von Lebensmitteln fortgesetzt werden.

Aber nach der halbamtlichen Auslassungen zu Wisfoll's Rücktritt ist auch damit zu rechnen, daß die Einfuhr von Erzeugnissen, an denen die Bevölkerung leidet, eine reichere Gestaltung nehmen wird. Der Kredit, den der deutsche Kaufmann im Ausland genießt, soll für unsere Veranordnung nutzbar gemacht werden. Zur Unterstützung soll eine forstwirtschaftliche Kreditanstalt auf einzelne Industriezweige werden. Wisfoll's Grundgesetz, die Fabrikation im Interesse der heimischen Industrie möglichst aus der Einfuhr auszuschließen, war nur formal richtig, die Einfuhr ausländischer Rohstoffe verfiel und infolgedessen arbeiten konnte. Somit dies aber nicht der Fall ist, bedeutet die Einfuhr von Erzeugnissen keine Schädigung unserer Industrie. Wir werden deshalb a. B. Schmelzwerk aus Ransau an Leber den vorhandenen Bedarf bei weitem nicht decken kann. Es ist aber auch damit zu rechnen, daß der neue Leiter des Wirtschaftsministeriums auf einem anderen Gebiet die Kräfte der Einfuhr ohne Einschränkung entscheiden wird, nämlich auf dem Gebiet der Veranordnung mit Tabakerzeugnissen. Es ist

nicht ananania, daß der Winkerbemittelte Zaun für Zaun steht, wie sich nur der Wohlhabende Maaren und Maareffen für teures Geld kaufen kann...

Der „Vorwärts“ und das Schulkompromiß. Nachdem das Schulkompromiß die Zustimmung der Fraktionen des Senats und der Sozialdemokratie gefunden hat, kann das Plenum der Nationalversammlung in der Beratung des Verfassungsentwurfes fortfahren.

Der „Vorwärts“ sagt: Die Sozialdemokraten haben nicht erreicht, daß der Religionsunterricht aus den Schulen verdrängt, aber sie haben durchgesetzt, daß kein Kind zur Teilnahme am Religionsunterricht angehalten werden kann, wenn es seine Eltern nicht wünschen.

Die Streiklage.

Ende des Berliner Straßenbahnstreiks. Berlin, 15. Juli. (Wolff.) In der gestern abend abgehaltenen Versammlung der Anwesenden der Großen Berliner Straßenbahn wurde beschlossen, die Arbeit morgen wieder aufzunehmen.

Protektstreik in Hamburg. (Eigener Drahtbericht.)

Hambura, 15. Juli. (Wolff.) Der heutige Protektstreik der in Hamburg anwesenden Sozialdemokraten wegen Verhaftung des arbeitslosen Arbeiters...

Landarbeiterstreik. (Eigener Drahtbericht.)

Kattowitz, 15. Juli. Von unzureichender Seite hat sich ein Teil der Landarbeiter des Kreises Kattowitz in den Streik treiben lassen. Der Streikverband der Land-, Forst- und Weinbergarbeiter fordert die Landarbeiter auf, die Arbeit wieder aufzunehmen...

Berlin, 15. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Aus Nachrichten in Düsseldorf erfahren wir, daß der Streik dort...

Berlin, 15. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Aus Nachrichten in Düsseldorf erfahren wir, daß der Streik dort...

Berlin, 15. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Aus Nachrichten in Düsseldorf erfahren wir, daß der Streik dort...

Berlin, 15. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Aus Nachrichten in Düsseldorf erfahren wir, daß der Streik dort...

Berlin, 15. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Aus Nachrichten in Düsseldorf erfahren wir, daß der Streik dort...

Berlin, 15. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Aus Nachrichten in Düsseldorf erfahren wir, daß der Streik dort...

Berlin, 15. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Aus Nachrichten in Düsseldorf erfahren wir, daß der Streik dort...

Berlin, 15. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Aus Nachrichten in Düsseldorf erfahren wir, daß der Streik dort...

Berlin, 15. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Aus Nachrichten in Düsseldorf erfahren wir, daß der Streik dort...

Berlin, 15. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Aus Nachrichten in Düsseldorf erfahren wir, daß der Streik dort...

Berlin, 15. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Aus Nachrichten in Düsseldorf erfahren wir, daß der Streik dort...

Berlin, 15. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Aus Nachrichten in Düsseldorf erfahren wir, daß der Streik dort...

Berlin, 15. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Aus Nachrichten in Düsseldorf erfahren wir, daß der Streik dort...

Berlin, 15. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Aus Nachrichten in Düsseldorf erfahren wir, daß der Streik dort...

Berlin, 15. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Aus Nachrichten in Düsseldorf erfahren wir, daß der Streik dort...

Berlin, 15. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Aus Nachrichten in Düsseldorf erfahren wir, daß der Streik dort...

Berlin, 15. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Aus Nachrichten in Düsseldorf erfahren wir, daß der Streik dort...

Berlin, 15. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Aus Nachrichten in Düsseldorf erfahren wir, daß der Streik dort...

Berlin, 15. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Aus Nachrichten in Düsseldorf erfahren wir, daß der Streik dort...

Berlin, 15. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Aus Nachrichten in Düsseldorf erfahren wir, daß der Streik dort...

Berlin, 15. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Aus Nachrichten in Düsseldorf erfahren wir, daß der Streik dort...

Berlin, 15. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Aus Nachrichten in Düsseldorf erfahren wir, daß der Streik dort...

Berlin, 15. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Aus Nachrichten in Düsseldorf erfahren wir, daß der Streik dort...

Berlin, 15. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Aus Nachrichten in Düsseldorf erfahren wir, daß der Streik dort...

Berlin, 15. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Aus Nachrichten in Düsseldorf erfahren wir, daß der Streik dort...

Berlin, 15. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Aus Nachrichten in Düsseldorf erfahren wir, daß der Streik dort...

Berlin, 15. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Aus Nachrichten in Düsseldorf erfahren wir, daß der Streik dort...

Berlin, 15. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Aus Nachrichten in Düsseldorf erfahren wir, daß der Streik dort...

Berlin, 15. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Aus Nachrichten in Düsseldorf erfahren wir, daß der Streik dort...

Berlin, 15. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Aus Nachrichten in Düsseldorf erfahren wir, daß der Streik dort...

Berlin, 15. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Aus Nachrichten in Düsseldorf erfahren wir, daß der Streik dort...

Berlin, 15. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Aus Nachrichten in Düsseldorf erfahren wir, daß der Streik dort...

Berlin, 15. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Aus Nachrichten in Düsseldorf erfahren wir, daß der Streik dort...

Berlin, 15. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Aus Nachrichten in Düsseldorf erfahren wir, daß der Streik dort...

Berlin, 15. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Aus Nachrichten in Düsseldorf erfahren wir, daß der Streik dort...

Berlin, 15. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Aus Nachrichten in Düsseldorf erfahren wir, daß der Streik dort...

Berlin, 15. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Aus Nachrichten in Düsseldorf erfahren wir, daß der Streik dort...

Vermögenssteuer 3.500.000 M. Die Steuerzuschläge müssen am 1. Oktober und am 1. Dezember je zur Hälfte entrichtet werden. Die von verschiedenen Verächtern eingereichten Anträge wurden als erledigt betrachtet.

Badische Politik.

Ministerialdirektor Arnold.

Zum Nachfolger des wegen vorgerückten Alters auf sein Ansuchen am 1. Juli ds. Js. in den Ruhestand getretenen Geheimrats Alexander Pfisterer ist der vorzutragende Rat im Ministerium des Innern, Gustav Arnold, zum Ministerialdirektor in diesem Ministerium ernannt worden.

Veränderungen im höheren Justizdienst.

Senatspräsident Rudolf Waldel von Aueburg beim Oberlandesgericht wird in den Ruhestand treten. Zu seinem Nachfolger wurde Oberlandesgerichtsrat Dr. Otto F. H. Ernst ernannt.

Um die Donauschwäbiger Bürgermeisterei.

haben sich 22 Kandidaten, darunter 10 Mademiker, beworben. Ueber die Güte der dem nicht wiederewählten Bürgermeister Schönan zu zahlenden Pension konnte im Bürgerausschuß keine Einmütigkeit erzielt werden.

„Christliches Volk.“

Am Auftrage des Badischen Volksbildungsvereins erscheint ein neues, achtteiliges Kirchenpolitisches Blatt unter dem Titel „Christliches Volk“.

Ein neues Zentrumblatt im Oberland.

Nach einer Mittheilung wurden im Oberland Verhandlungen wegen der Gründung einer neuen Zeitung in Aussicht genommen.

Aus Baden.

Wünsche der Bauern Landwirte.

„Hochwirden, 15. Juli. Einen für mich den Verlust nahm eine hier abgehaltene von über 800 Landwirten des badischen Oberlandes behaltene Versammlung, die nach einem Vortrag des Geschäftsführers des Bad. Bauernbundes, J. Müller, über die Lage der Landwirtschaft im Reich ein Telegramm an das Ministerium des Innern zu richten beschloß.

Ein ausgezeichnete Fang.

fr. Forstheim, 15. Juli. Beamte der Münchener Seereschutzverwaltung verhafteten in München den städtisch verhafteten berufenen Abolf Rombach von Bräunlingen.

Der Elsenz Bauernprotest vor Gericht.

rr. Mannheim, 15. Juli. Vor dem Schöffengericht wurde gestern und heute die Elsenz Bauernrevolte verhandelt. Angeklagt waren wegen Auftrags 12 Personen, hauptsächlich Landwirte, die sich am 14. Februar tätlich gegen eine Kommission zu schulen hatten.

Karlsruhe, 14. Juli.

Der Bad. Blindenverein in Karlsruhe hat in seinem eben erschienenen Bericht für das Jahr 1918 einen Überblick über die Ver-

ein-sar-beit in dem vergangenen Jahr, die unter schmerzlichem Verhältniß stand. Er-freulichste ist dem Blindenverein zuzurechnen, die größtenteils der hiesigen Erweiterung des Blindenvereins in Mannheim dienen sollen.

„Durlach, 15. Juli.“

An der Bahnlinie nach Gröningen wurden letzter Tage zwei Pfeiler-Dombe-n aufgefunden, die von einem früheren feindlichen Angriff auf Karlsruhe herrührten.

Mannheim, 15. Juli.

Beim Köllner der französischen Besatzung wurde in der Nacht zum Dienstag der Kraftfahrer Stamer von Landau von einem französischen Soldaten angefahren und schwer verletzt.

Kell i. W., 15. Juli.

Eine hiesige Familie erhielt nach langer Unwissenheit dieser Tage die ersten Lebenszeichen von ihrem in Sibirien in Gefangenschaft befindlichen Sohn, und zwar vier Postkarten, die im Sommer vorigen Jahres geschrieben waren.

Aus dem Stadtkreise.

Vom Güterverkehr. Am 10. Juli l. J. wurde der Anhang II des Deutschen Eisenbahn-Gütertarifs, Teil II, Gemeinames Heft Nr. 200, aufgehoben.

Verlängerung der Polizeistunde.

Das Ministerium der Innern hat die Bezirksämter ermächtigt, an Samstagen und Sonntagen für größere Vereinsveranstaltungen oder bei besonderen Anlässen, die eine Ausnahme berechtigt erscheinen lassen, Polizeistundenverlängerung bis 1 Uhr zu bewilligen.

Die Ferienkolonie.

An diesen Tagen ziehen hunderte von Karlsruhe hinaus auf Land, um erquickende Waldluft, friedliche Ruhe und kräftigende Kost zu genießen.

Abendliche Volksunterhaltung.

Heute, Mittwoch, 8 Uhr abends, findet in der Technischen Hochschule im großen Saal des Chem. Instituts ein Vortrag über „Moris v. Schöndin“ statt.

Vortrag am Freitag.

Am Freitag, den 18. Juli, abends 8 Uhr, spricht der Politiker Dr. Stadler auf Veranlassung der Liga zum Schutze der deutschen Kultur im Eintrachtsaal.

Kolossum (Gastspiel Blasseim).

Man schreibt uns: Heute abend gelangt ein neuer Schlager, „Familie Sannemann“, zur Erstaufführung mit Blasseim in der Hauptrolle.

Kaffee Bauer.

Auf das heute abend stattfindende Sonderkonzert der beliebten Künstlerfamilie Gruner wird hiermit besonders hingewiesen.

Weltprogramm.

Diese Woche ist die Donau-gegend zu sehen. Vom Dampfer aus sieht man in freien Anhöhen die zahlreichen schönen Burgen und Schlösser.

Die Residenz-Theater.

haben von heute an wieder vollständig neue Programme. Der Stiefsohn Wald-irakle ist eine Liebeskomödie in 3 Akten.

schwarze Hobeit“ und die interessante Aufnahme „Die Beside“. Das Theater Kaffeebake 5 am Durlacher Tor bringt das Maenaruberische Schauspiel „Mit dem Schicksal verböhnt“.

Standesuch-Auszüge.

Geschicklichen. 15. Juli: Willi Hofeld von Sana, Auditor in Altdorf, mit Elia Bana-sch von hier; Heinrich Stoll von hier; Werner hier, mit Elia Dölander von hier; Otto Sutter von Gernsbach, Seiler hier, mit Julie Müller von hier; Emil Bauer von hier; Widemir, hier, mit Elie Bana-gaer Witwe von Gernsbach.

Letzte Nachrichten.

General Möhl über den militärischen Zusammenbruch.

(Drahtmeldung unseres Münchner Korrespond.) fr. München, 15. Juli. Der Oberkommandierende der bayerischen Truppen, General v. Möhl, tritt in einer Rundschreiben an die „Münchner Post“ den vielfachen Verlusten gegenüber, die Schuld am militärischen Zusammenbruch dem Gebrauche des Kronprinz von Verdun, der falschen Beurteilung des Kampfeswertes der Amerikaner durch den Großen Generalstab sowie der Kerntruppen der Kampftruppen an der Front zuzurechnen.

Zum Tode verurteilt.

Dortmund, 15. Juli. Der 19 Jahre alte Bergmann Josef Ritter aus Brambauer bei Dortmund, der am 12. April die sechs-köpfige Familie des Markentorleutnants Gutmann am Menade durch Pfeilschieße ermordet hatte, wurde gestern durch außerordentlichen Kriegsgericht sechsmal zum Tode verurteilt.

Die unerfülllichen Polen.

(Eigener Drahtbericht.) b. Breslau, 15. Juli. In Warschau wurde eine polnische Schiffbauindustrie gegründet, die die Aufgabe in allen polnischen Häfen die Entwicklung der Wasserstraßen, der Dämme und der polnischen Schiffahrt zu unterstützen, damit Polen einen breiten Zugang zum Meer erhalten wird.

Hamburg, 15. Juli.

Der holländische Dampfer „Pars“, der vor dem Kriege regelmäßig hier verkehrte, ist am Montag mit einer Ladung Stroh in den Hamburger Hafen eingetroffen.

Sport.

Fußball. Man schreibt uns: Die erste Mannschaft des Karlsruher Fußballvereins spielte am vergangenen Sonntag gegen die Göttinger Stadtmannschaft.

Vom Wetter.

Berichte und Beobachtungen des Zentralbüros für Meteorologie und Hydrographie.

Ein ziemlich tiefes Minimum ist von Nordwesten kommend bis in die Nordsee vorgedrungen und hat seinen Wirkungsbereich bis zum Fuß der Alpen herab ausgedehnt.

Rhein-Wassersünde, morgens 6 Uhr

Table with 6 columns: Ortszeit, Barom., Therm., Höhe, Wind, Regen. Rows for 14. Juli Hamm, 14. Juli Bhd., 15. Juli Wetzg., and Rhein-Wassersünde.

Sabot Kopfwasch-Pulver. Überall erhältlich.

Wöchentlich in Friedrichsbad Kaiserstraße 136 mißte Ihnen für Ihre Gesundheit, zur Gewohnh. werden.

Ratten, Mäuse, Wanzen, Käfer etc.

beseitigen wir vollständig mittelst unseren noch nie versagten Spezialmitteln, selbst da, wo schon viele Mittel ohne Erfolg angewandt waren.

Versicherung gegen Ungeziefer

Philippstraße 25 F. Höllstern, Markgrafstr. 52 p.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

(Nachdruck der mit einer Glosse versehenen Artikel ist nur unter Quellenangabe gestattet.)

Die Einziehung des Notgeldes.

Da fast alle deutschen Gemeinden während des Krieges Notgeld ausgeben haben, so ist die Art der Einziehung dieser Notgeldscheine von allgemeinem Interesse. Man hört nun vielfach Klagen über das Verhalten der Gemeinden bei Einziehung ihres Notgeldes. Manche Gemeinden haben die Frist hierzu bereits als geistlos erklärt und lehnen weitere Einziehung ab. Diese bedenklich frustrierte Handlungsweise mancher Gemeinden wird in dem Fachblatt des Deutschen Sparvereinsverbandes folgendermaßen an den Pranger gestellt:

Es sind wohl noch von allen Sorten des Notgeldes größere oder kleinere Beträge im Besitz des Publikums. Wenn jetzt die Einziehung abgelehnt wird, sind sie wertlos und das Publikum hat einen Verlust, während die Gemeinden, die das Notgeld ausgeben haben, einen unerbittlichen Gewinn machen. Ob die Gemeinden ein Recht darauf haben, von einem bestimmten Termin an die Einziehung abzulehnen, kann in manchen Fällen zweifelhaft sein, wenigstens dann, wenn dieser Termin nicht auf dem Notgeld aufgedruckt ist. Aber auch in diesem Fall kann das Recht der Gemeinden zweifelhaft sein, wenn sie sich nicht an diesen Termin gebunden, sondern ihn verlängert haben. Auf alle Fälle ist ein solches Verhalten unbillig. Die Gemeinden haben doch gutes Geld für ihr Notgeld bekommen. Sie handeln nicht anders, als ein Schuldner, der sich auf die Forderung der Verzinsung beruft. Das ist sehr bedenklich.

Die Gemeinden sollen dafür sorgen, daß ihre Bürger nicht durch eine solche Notstandsmaßnahme zu Schaden kommen. Die Geschädigten sind vorwiegend die „kleinen Leute“, die weniger geschäftsfähig sind. Es liegt noch viel Notgeld in sicherem Verwahr, ohne daß die Besitzer daran denken, daß es Notgeld ist. Es lassen sich vielerlei Fälle denken, in denen jemand ganz ohne Schuld die Einziehung noch nicht bemerkt hat. Natürlich muß das Notgeld aus dem Verkehr gezogen werden. Das geschieht dadurch, daß die Einziehung erschwert wird. Die Landesbank von Weiskalen ist seit Monaten mit dem Einzug der 63 Millionen Mark weiskalischen Notgeldes beschäftigt. Es stehen immer noch etwa

1/2 Million Mark aus. Die Landesbank hat schon wiederholt den Schluß der Einziehung angekündigt. Trotzdem erhält nach wie vor jeder Besitzer den vollen Wert. Natürlich kommen die Bureaukraten und vertreten die Ansicht, daß die Einziehung des überfälligen Notgeldes nicht länger hinausgezogen werden könne, weil doch einmal Abrechnung erfolgen müsse. Das ist weiter nichts, als Hilfslosigkeit. Selbstverständlich ist es eine Kleinigkeit, die Einziehung von Nachgelassenen jetzt noch nach Jahren ordnungsmäßig zu verbuchen. Wir werden es noch erleben, daß aus diesem Verhalten der Gemeinden nur Grund zur Unzufriedenheit in den unteren Schichten der Bevölkerung gegeben wird.

Börsen- und Finanzmeldungen.

Berliner Börse.

Berlin, 15. Juli. Da die Zahlung des Reichsnotopfers unter gewissen Voraussetzungen in Kriegsangelegenheiten erfolgen kann, breitet sich ansehnend Kaufstille für diese aus. Der Kurs legte mit 8 1/2% ein und stieg bis 8 3/4%, wodurch ein günstiger Einfluß auf die allgemeine Stimmung bewirkt wurde. Auch Schachschneide und Schachschneidungen, sowie alte Anleihen wurden bei anziehenden Kursen lebhaft gehandelt. Schiffahrtssachen lagen etwas stiller. Canada behauptet bei erheblichen Schwankungen umzähle den gestrigen Schlussstand. Orientbahn 8 Proz., Tür. Tabak 3 Proz. niedriger. Die anhaltende Kaufbewegung in Kriegsangelegenheiten erreichte weiter einen günstigen Einfluß auf die allgemeine Stimmung. Elektricität, Farb- und Kolonialwerte waren still und fest. Oesterreichische Anleihen gut behauptet. Ungarische anfangs stärker gesucht. Die Bewegung der Kriegsangelegenheiten richtete sich weiter aus und stellte zeitweise die gesamte Aufmerksamkeit. Der Kurs erreichte 8 3/4% Proz. und mußte schließlich auf Realisationskurs wieder bis 8 2/8% nachgeben. Der Einheitskurs für Inbausewerte war fest.

Devisenmarkt. Telegraphische Auszahlungen für:

Table with columns for date (14. Juli 1919, 15. Juli 1919) and various countries (Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Schweiz, Oesterreich-Ungarn, Spanien, Belgien) with corresponding exchange rates.

Berliner Kursnotierungen.

Table of stock market quotations for various companies and commodities, including values for 14. Juli and 15. Juli.

fussionen und dies ist eigentlich der Hauptgrund zur Zurückhaltung. Durch die Abstemmung oder Restrukturierung der Wertpapiere befindet man sich in der Lage, die Notwendigkeit der Einziehung des Notgeldes zu vermeiden. Die deutsche Kriegsangelegenheit ist, 8 1/2% fangende deutsche Staatsanleihen fanden ebenfalls Beachtung. Das Interesse für ausländische Werte ließ weiter nach. Immerhin konnten South West sich mit 183 Prozentlich behaupten, doch trat im weiteren Verlauf Abminderung ein, die den Kurs auf 150 herabdrückte. Canada Pacific etwa 401-404. Schantungbahn lebhaft und fest. Für Schiffahrtssachen äußerte sich bei Beginn Kaufinteresse für Nordb. Lloyd und Paketfahrt, doch blieb die Kursbewegung bescheiden. Montanpapiere ziemlich ruhig, jedoch vorwiegend gut behauptet. Am Markt der Elektrizität herrschte festes Geschäft. Bergmann Werke fest. Schuderer wurden mit 127 1/2% umgeleitet. Von den chemischen Werten gaben die Aktien der Farbwerke Höchst 3 1/2%, Bad. Anilin 1 1/2% nach. Goldberglöhnen fanden ebenfalls im Angebot. Automobilaktien wie Daimler, Benz erlitten mäßige Rücksetzungen. Am Markt der mit Einheitskursen notierten Papiere war die Tendenz vorwiegend gut behauptet, vereinzelt mit Kursbesserungen verbunden. Farbwerke Mühlheim wurden zu höheren Preisen umgeleitet. Die Börse schloß mit ruhigem Geschäft ziemlich fest. In den Aktien der Schantungbahn fanden regel. Umsätze statt. Kriegsangelegenheiten zogen bis 8 1/2% an, nachdrücklich 83. Privatdiskont 3 1/2%.

Frankfurter Kursnotierungen.

Table of stock market quotations for Frankfurt, including values for 14. Juli and 15. Juli.

Frankfurter Börse.

Frankfurt a. M., 15. Juli. Obwohl eine Erleichterung für die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen gesichert ist, will die Geschäftstätigkeit an der Börse sich immer noch nicht beleben. In recht mäßigen Grenzen wideln sich die Umsätze ab. Das Reichsnotopfer gibt noch immer Stoff zu Dis-

Large advertisement for Weinbrand Cognac Marke Goldstück. Includes an image of a bottle and the text 'Jacob Stück Nachfolger Hanau 1/2m Cognacbrennereien'.

Kaufgesuche. Gebt. Möbel, Bett, Vertiko, Schränke, außer Anzug zu kaufen gesucht. Näher. Kofferstraße 71.

Flügel. Ein gebraucht. ant. erhalten. wird zu kaufen gesucht. Angebote unt. Nr. 2714 ins Fachblattbüro erbet.

Gebrauchte Möbel. etnaelne Möbel all. Art. ein. Zimmer u. ganze Wohnungsbeimrichtungen sowie Küchenmöbel zu kaufen an jeder Zeit und bietet um Angebote D. Gutmann, Hundsfir. 13, An- u. Verkaufsgeschäft.

Gebrauchte Möbel, Betten, Waschkommoden, Nachttische, Schränke, Vertikos, Büfettis, Diwan, Tische, Stühle, Teppiche, sowie ganze Einrichtungen kauft fortwährend An- und Verkaufsgeschäft Levy Markgrafenstrasse 22 Teleph. 2015

Zu kaufen gesucht. sofort für sorgemekte Käufer: Herrschaftshäuser, Villen und Landhäuser, Wirtschaften mit u. ohne Metzgereien, Bäckereien und Konditoreien, Spezereihandlungen, Gemischte Warengeschäfte, Zigarrengeschäfte sowie Geschäfte aller Art. M. Busam, Liegenchaftsbüro, Serrenstraße 38.

Altertümer-Antiquar. Arnold Fischl. teilscher Art, ferner Gold, Silber und Edelsteine, sowie moderne Kunstgegenstände und Teppiche. Kailerstraße 140. Telefon 3168.

Möbel. gebrauchte, einzelne und ganze Einrichtungen kauft und bietet um Angebote Fr. Schuster Rudwigs- Wilhelmstr. 18. Telefon 4181.

Gebrauchte Kleider. Schilde, Wäsche sowie Möbel kauft an d. besten Preisen. Volkstare erbeten. Gelsewitsch, Marktgraben 7, Tel. 2191.

Wandolin, Gitarren, Zithern, Ziehharmonika, Violen, Fortinöh, angekauft in Weintraubh. An- u. Verkaufsgesch. Kronenstr. 52, Tel. 3747.

Gello-Unterricht. gesucht. Angebote mit Anz. d. Honorars unt. Nr. 2709 ins Fachblatt.

Junger Herr sucht Damenbekanntschaft. Angebote mit Bild unter H 18 Buchst. postlag.

Küferei und Fabhandlung. Empfehlung mich in sämtl. Holz- und Kleinarbeiten bei billiger Berechnung. Karl Mayer Humboldtstraße 11.

Blindenarbeit. Haushaltungsbürsten, Robhaarbesen, gute Arbeit, empfindl. W. Boos, Viktoriastraße 6.

Zubodenlade u. Emaillelade. in den gangbaren Farben Emaillelad. weiß, offen u. in Dosen, Subbodenöl u. Terpentin-Erhalt. Bronzenach. weiß und gelb. Bronzen u. Bronzen- tintur. Pinsel und Bürsten. Dienpolitur u. Dienlad empfindl.

Wesend-Drogerie. Gottlieb Ellinger, Karlsruhe, Kailerstr. 65.

Bad. Schwarzwaldverein. Ortsgruppe Karlsruhe, Donnerstag, den 17. Juli 1919.

Verbandsabend im Moninger, Konkordia-saal.

Bilanz-Aufstellung. Vermögens-Aufstellungen Steuer-Erklärungen. übernimmt H. W. Wörner, heidlich, Kaufm. Sachv. verständiger. - Telefon 3024. Karlsruhe - 13 Akademiestraße 13.

Billiger Räumungs-Beruf. wegen Geschäftsbekanntung. Karrenwagen „Cotima“ 90-100 cm Länge, 6-7 Str. Tragf., vielteil. Verwendbar, empf. B. Lechner, Karlsruhe, Klauereistraße 28, Telefon 4113.

Auto-Deden. Autoschlänge, sowie Radrad-Deden werden vulkanisiert und repariert in der Vulkanisieranstalt von Emil Kehler, Schwannstr. 26, part. Gute Arbeit und schnellste Bedienung garantiert.

Sanften langanhaltenden Schnitt. garantiert meine Spezial-Marko Hummel-Rasiermesser in all. Breiten vorrätig. Alte Rasiermesser werden bei mir sorgfältig fachgemäß geschliffen mit Garantie für guten Schnitt. Versand nach auswärts. Telefon 547. Karl Hummel, Worderstr. 13.

Zement-Steinweg-Platten. 30x30x4,5 cm stark, glatt, 4-, 9- und 35-Stücke, in Baggonlabuna, for. lieferbar, außerdem ein Polier. Dr. Raß-Dübel, Ferd. Ritter, Offenburg.

Prima Rucksäcke. nur selbstgefertigte Ware hat abzugeben M. Oswald, Sattlerei, Karlsruhe Schützenstraße 42.

Statt besonderer Anzeige. Nach längerem Leiden entschlief heute sanft mein getreuer Gatte, unser guter Vater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel.

Herr Eduard Wagenmann im nahezu vollendeten 83. Lebensjahre. Die Beerdigung findet Donnerstag, den 17. Juli, nachmittags 3 Uhr, von der Friedhofkapelle aus statt. Karlsruhe, den 14. Juli 1919.

Im Namen der trauernd Hinterbliebenen: Frau Magdalene Wagenmann, geb. Frey, Frau Mina Mackel, geb. Wagenmann, Albert Wagenmann, Ferdinand Mackel, Frau Lotti Wagenmann, geb. Müller und fünf Enkelkinder.

Statt besonderer Anzeige. Heute früh 1/5 Uhr entschlief nach langem schwerem Leiden unsere liebe Tante.

Fräulein Antoinette Ritzinger im Alter von 89 1/2 Jahren. Um stille Teilnahme bitten: Die trauernden Hinterbliebenen. Karlsruhe, den 15. Juli 1919. Akademiestraße 25. Die Beerdigung findet Donnerstag, den 17. d. M., nachmittags 2 Uhr, statt. Blumenspenden werden dankend abgelehnt.

Wem seine Gesundheit am Herzen liegt, nehme wöchentlich 2 bis 3 Schwimmäder im Friedrichsbad im Friedrichsbad 1 Kte. 10 Kl., ohne Kab. 1 M. 8 M. 45 Pf. Im Lebensbedürfnisverein einzeln zu 30 Pf. Mittwoch u. Samstagabend für 50 Pf. und 30 Pf.

Nic. Günst, Blecherei u. Installation. Telefon 2251. Weiskalenstraße 7. Telefon 2251. Liebernahme sämtlicher Blech- u. Installationsarbeiten, sowie alle vorerwähnten Reparaturen unter billiger Berechnung.

Erweiterungen. an elektr. Lichtanlagen (siehe Neuanlagen falls dem Elektr. Amt genehmigt). Beleuchtungskörper, Gaslampen. Emil Schmidt & Ranf, Kailerstraße 209.